

Europa geht auch solidarisch!

Gesine Schwan

Die Europäische Union ist in ihrer tiefsten Krise. Sie droht auseinanderzufallen. Wir brauchen einen entschiedenen Politikwandel, wenn wir ihr Friedens-, Demokratie-, Wohlstands- und Solidaritätsprojekt retten wollen. Vertreter von SPD, Grünen und Linken haben sich jüngst zusammengetan, um Strategien für eine solche neue Politik zu formulieren.

Dringlich und aktuell zeigt sich dies in der Flüchtlingskrise: Ohne Solidarität durch eine gesamteuropäische Aufnahme von Flüchtlingen bleibt nur die Überlastung der Ankunftsländer Griechenland und Italien – und der Weg in die „Festung Europa“. Den hat der Europäische Rat der Staatshäupter unter der Ägide von Angela Merkel im September 2016 in Bratislava eingeschlagen. Jetzt strebt die Kanzlerin nur noch danach, die Ausspernung der Flüchtlinge und die Abschottung der EU zu perfektionieren. Das humanitäre, jedoch unehrliche Mäntelchen heißt: Wir müssen den Schleppern das Handwerk legen. Der Deal mit der Türkei – wo die EU sich zum Komplizen der diktatorischen Strategie Erdogans macht – und die angestrebten „Partnerschaften“ mit afrikanischen Staaten ohne rechtsstaatliche Sicherheiten unterminieren jedoch die Menschenrechte und die europäischen Werte, unter denen sich die EU einst versammelt hat.

Einen humanitären Ausweg finden wir, wenn wir das Potenzial an Solidarität, Fantasie und Hilfsbereitschaft unterstützen, das sich zwar nicht auf der Ebene der nationalen Regierungen, aber in den europäischen Kommunen, Städten und Regionen, das heißt in der europäischen Zivilgesellschaft findet. Diese Akteure benötigen eine direkte finanzielle Unterstützung von Brüssel, z. B. durch einen Flüchtlings- und Entwicklungsfonds für Kommunen und zwar sowohl für die Finanzierung der Integration von Flüchtlingen als auch für die Entwicklung der Kommunen, für neue Arbeitsplätze, Infrastruktur, bezahlbare Wohnungen. Beides muss politisch zusammen gesehen werden! So können sich europäische Bürger für die Aufnahme von Flüchtlingen und die gleichzeitige Entwicklung ihrer Kommunen einsetzen. Das würde die Identifikation mit der EU durch die politische Partizipation stärken, nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen und uns humanitär wieder glaubwürdig machen.

Wir brauchen einen europäischen Aufschwung von unten. Zugleich müssen auf der zentralen Ebene in Brüssel (und Straßburg) neue politische Strategien verfolgt werden, um die gemeinsame Währung zu retten, indem sie allen zugutekommt, und um das Demokratie- und Wohlstandsversprechen der EU einzulösen. So können die Bürgerinnen und Bürger für Europa zurückgewonnen werden – gegen nationalistische Versuchungen. Es geht konkret um sechs neue Schritte: 1. Die Austeritätspolitik muss durch eine nachhaltige Investitionspolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit abgelöst werden. 2. Wir brauchen effektive Maßnahmen, um die Leistungsbilanzungleichgewichte – auch die deutschen Überschüsse, die die Schulden der anderen sind – auszugleichen. 3. Eine gemeinsame Politik gegen die Schulden mit Tilgungsfonds (dazu gibt es Vorschläge des deutschen Sachverständigenrats) und Eurobonds müssen die Wachstumskräfte in der EU befreien. 4. Die EU muss zu einer Sozialunion mit Indikatoren und Instrumenten für eine gemeinsame Beschäftigungspolitik, eine Lohn- und Einkommenspolitik und für gemeinsame soziale Sicherungssysteme werden. 5. Die Finanzmärkte müssen so klar reguliert werden, dass Spekulationsblasen an den Aktien-, Anleihe- und Immobilienmärkten die Luft ausgeht. Und schließlich 6. müssen wir zu einer demokratisch gewählten Wirtschaftsregierung gelangen, die die Währungsunion fiskalpolitisch ergänzt. In dem Band *Europa geht auch solidarisch* haben Klaus Busch, Axel Troost, Frank Bsirske, Joachim Bischof, Mechthild Schrooten, Harald Wolf und Gesine Schwan diese Konzepte genauer ausgeführt und begründet. Um sie politisch umzusetzen, brauchen wir einen klaren Wechsel in der Europapolitik. Das gelingt nur durch einen Politikwechsel in Berlin. Deshalb plädieren wir für eine rot-rot-grüne Koalition. Deren zentrales Projekt soll die Rettung der EU durch Wiedergewinnung europäischer Solidarität sein. Die CDU/CSU in Berlin stellt sich dem seit Jahren entgegen und aufseiten der Linken müssen die Illusionen über die angebliche Chance nationalstaatlicher Lösungen ausgeräumt werden. Zukunft haben wir nur gemeinsam! 🌐

Prof. Dr. Gesine Schwan

geb. 1943, Politikwissenschaftlerin, 1992–1995 Dekanin am Otto-Suhr-Institut, 1999–2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Sie ist Präsidentin und Mitgründerin der im Juni 2014 gegründeten HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, Berlin
office.schwan@governance-platform.org

